



Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 23

6. Juli 2017

Inhalt

[Digitaler Wandel im Gesundheitswesen: Frauen den Rücken stärken+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Brandenburg: Nachgebesserte Besoldungserhöhung beschlossen+++](#)

[Knecht: Freue mich auf die Zusammenarbeit dbb mecklenburg-vorpommern gratuliert neuer](#)

[Ministerpräsidentin+++](#)

[Öffentlicher Dienst in Schleswig-Holstein: Fünf-Punkte-Plan gefordert+++](#)

[Weselsky: Deutschland investiert zu wenig in Bahn-Infrastruktur+++](#)

[DPolG fordert europaweit einheitliche Regelung zur](#)

[Rettungsgasse+++](#)

[Postnachfolgeunternehmen: Neue Vorruhestandsregelung in Kraft+++](#)

[**Namen und Nachrichten+++**](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Digitaler Wandel im Gesundheitswesen: Frauen den Rücken stärken

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat vor zu hohen Erwartungen an die Digitalisierung im Gesundheitswesen gewarnt: „Wir dürfen uns dem Wunschtraum nach Arbeitsentlastung durch die Digitalisierung nicht unkritisch hingeben. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die psychischen Belastungen der Beschäftigten mit zunehmender Digitalisierung in allen Dienstleistungsbereichen steigen – auch im Bereich der Krankenpflege. Und hier sind acht von zehn Arbeitskräften Frauen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, auf dem Gewerkschaftstag des LBB, der Gewerkschaft für das Gesundheitswesen in Bayern, in Bad Staffelstein am 30. Juni 2017.

Zwar verspreche der Digitale Wandel vor allem Frauen bessere berufliche Aufstiegschancen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig bedrohe die Digitalisierung aber auch jene Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden. „Hier müssen wir als Beschäftigtenvertretung steuernd in den Prozess eingreifen. Wir müssen das Bewusstsein der Beschäftigten, der Vorgesetzten und der Bevölkerung dafür schärfen, was es heißt, das öffentliche Gemeinwesen zu digitalisieren. Wollen wir wirklich von Robotern gesund gepflegt werden?“, fragte Wildfeuer.

Um die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten im Gesundheitswesen zu gestalten, sind laut Wildfeuer neben guten Mitbestimmungsregelungen starke berufsspezifische Interessenvertretungen ausschlaggebend: „Frauen stellen die Mehrheit der Beschäftigten im Gesundheitssektor. Diese Frauen ernten die Früchte der Digitalisierung, im Zweifel die faulen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Frauen auch maßgeblich an der Gestaltung des digitalen Wandels beteiligt werden. (01/23/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Brandenburg: Nachgebesserte Besoldungserhöhung beschlossen

(dbb) Der Landtag von Brandenburg hat wie geplant die Besoldungserhöhungen für die Beamten beschlossen. Auch einem Paket aus Nachbesserungen gegenüber dem ersten Gesetzentwurf wurde zugestimmt. Das teilte der dbb brandenburg am 29. Juni 2017 mit.

Demnach erhalten alle Beamten eine Einmalzahlung von 2.000 Euro, verteilt über die Jahre 2017 bis 2020 (Pensionäre die Hälfte). Jeweils im November sollen nach derzeitigem Stand 800 Euro (2017), in 600 Euro (2018), 400 Euro (2019) und 200 Euro (2020) gezahlt werden. Zudem werde die inhalts- und zeitgleiche Übernahme der jeweiligen Tarifergebnisse

sowie eine zusätzliche Erhöhung um jeweils 0,5 Prozent für die Jahre 2019 und 2020 festgeschrieben. Darüber hinaus bleibe es bei der zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses 2017 und 2018 plus einem Zuschlag von jeweils 0,5 Prozent in beiden Jahren. (02/23/17)

Knecht: Freue mich auf die Zusammenarbeit dbb mecklenburg-vorpommern gratuliert neuer Ministerpräsidentin

(dbb) Der dbb Landesbund in Mecklenburg-Vorpommern hat Manuela Schwesig zu ihrer Wahl zur ersten Ministerpräsidentin des Bundeslandes am 4. Juli 2017 gratuliert. Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht bot Schwesig eine konstruktive Zusammenarbeit in Fragen des öffentlichen Dienstes an.

„Wir wünschen der neuen Ministerpräsidentin alles Gute, Gesundheit, Glück und Erfolg bei der Ausübung ihres Amtes“, so Knecht. „Setzen Sie auf die Kolleginnen und Kollegen des

öffentlichen Dienstes und in den privatisierten Bereichen, motivieren Sie die vorhandenen Mitarbeiter und sorgen Sie mit dafür, dass der öffentliche Dienst attraktiv für den Nachwuchs

wird. Bei der Verwirklichung dieser Ziele bringen sich der dbb m-v und seine Mitgliedsorganisationen gerne tatkräftig mit ein. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.“ Knecht dankte zudem Schwesigs Vorgänger Erwin Selling. Seine Amtszeit sei sehr stark geprägt gewesen vom Kampf zur Anerkennung

der Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern. „Nun gilt primär der Wunsch nach seiner baldigen Genesung, dafür wünsche ich ihm und seiner Familie viel Kraft und Ausdauer“, so Knecht. (03/23/17)

Öffentlicher Dienst in Schleswig-Holstein: Fünf-Punkte-Plan gefordert

(dbb) Der Landesbeirat des dbb Landesbundes in Schleswig-Holstein hat in einer Resolution die Umsetzung eines Fünf-Punkte-Plans für den öffentlichen Dienst gefordert. Die neue Landesregierung müsse die „unübersehbaren Fehlentwicklungen“ durch die Sparpolitik, zu denen geringe Attraktivität, hohe Krankenstände und zu geringe Bewerberzahlen gehörten, beenden.

Für Beamtinnen und Beamte müsse das vor über zehn Jahren zusammengestrichene Weihnachtsgeld wieder gezahlt und die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden spürbar reduziert werden. Für Tarifbeschäftigte müsse eine Weiterentwicklung der Eingruppierung vorangetrieben werden. Für beide Statusgruppen solle es mehr Flexibilität für die Verteilung der Lebens-Arbeitszeit

geben; dazu gehöre die Altersteilzeit. Für Beschäftigte, die beispielsweise höherwertige Aufgaben wahrnehmen, gelte es, sachgerechte Beförderungen zu ermöglichen. Ferner seien die Einstellungszahlen grundsätzlich zu erhöhen, auch um die Überlastung vorhandener Kolleginnen und Kollegen abzubauen. (04/23/17)

Weselsky: Deutschland investiert zu wenig in Bahn-Infrastruktur

(dbb) Deutschland investiert zu wenig in seine Eisenbahn: Im europäischen Vergleich hinkt die Bundesrepublik bei den Investitionen in Schienennetz und Technik deutlich hinterher. Das bemängelte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, am 3. Juli 2017: „Diese Vernachlässigung schadet auch dem Ziel, die Schiene als vernetzten Verkehrsträger in der Europäischen Union insgesamt voranzubringen.“ Investitionen in die Eisenbahn könnten wesentlich zu den Klimazielen der EU beitragen und auch das Wirtschaftswachstum im europäischen Binnenmarkt beflügeln.

Andere EU-Staaten würden ihre Bahninfrastruktur weniger vernachlässigen. „Bei der Pro-Kopf-Investition in die Eisenbahninfrastruktur befindet sich Deutschland im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen. Die GDL fordert daher eine nachhaltige Steigerung der Investitionen und den zielgerichteten Einsatz dieser Mittel zur Verbesserung der Infrastrukturqualität“, so Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. „Wenn wir Deutschen zu einer modernen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur in Europa beitragen wollen und die Schiene wettbewerbsfähig bleiben soll, muss hier weit mehr geschehen als in den vergangenen Jahren.“

Für die GDL stehe im Vordergrund, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im Eisenbahn-Sektor zu sichern und auch für die Zukunft gute Beschäftigungsperspektiven zu ermöglichen. Entsprechende Forderungen habe man an die Parteien zur Bundestagswahl gestellt. „Unser Interesse gilt seit jeher dem Erhalt und der Gestaltung der Arbeitsplätze im Wandel der Zeiten“, so Weselsky. Die seit Jahrzehnten stattfindende Verlagerung des Verkehrs auf die Straße müsse beendet werden. Ein leistungsfähiger und zuverlässiger Betrieb der Eisenbahninfrastruktur sei bereits heute nicht mehr gewährleistet. (05/23/17)



DPoIG fordert europaweit einheitliche Regelung zur Rettungsgasse

(dbb) Vor dem Hintergrund eines Busunfalls in Bayern mit 18 Toten und mehreren Schwerverletzten forderte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) am 4. Juli 2017 das Thema „Bildung von Rettungsgassen“ stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken. Nach Medienberichten kam es in Folge des Unfalls zu erschwerten Bedingungen für die Rettungskräfte, die Mühe hatten, an die Unfallstelle vorzudringen.

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt forderte deshalb: „Wir brauchen endlich eine europaweit einheitliche Regelung über die Bildung von Rettungsgassen. Dass es immer noch unterschiedliche Vorschriften gibt, ist nicht nachvollziehbar und kann schlimmstenfalls Menschenleben kosten. Deutschland muss sich endlich für eine einheitliche Regelung auf EU-Ebene stark machen. Nicht zuletzt brauchen wir eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Rettungsgasse.“

Vielen Fahrzeugführenden sei die Notwendigkeit der Bildung einer Rettungsgasse nicht bewusst. Problemverschärfend wirkten dabei nicht rechts fahrende Lkw, Kraftomnibusse und Gespanne. Um die Bildung einer Rettungsgasse nicht zu erschweren, müsse dies bereits bei

der Entstehung eines Staus zwischen der linken und der mittleren Fahrspur erfolgen - so stehe es auch in der Straßenverkehrsordnung. „Das erleichtert den Einsatzfahrzeugen das Vordringen zur Unfallstelle. Gerade Urlauber können in so einer Situation aber nicht erst überlegen, wo die Rettungsgasse zu bilden ist. Deshalb bedarf einer einheitlichen europäischen Regelung“, so Wendt.

Der DPoIG-Chef sprach sich außerdem für höhere Strafen für Blockierer aus: „Anders als Bundesverkehrsminister Dobrindt fordern wir ein Bußgeld von mindestens 200 Euro. Zum Vergleich: In Österreich beginnt die Sanktion bei dieser Art Verkehrsverstoß bei 726 Euro.“ (06/23/17)

Postnachfolgeunternehmen: Neue Vorruhestandsregelung in Kraft

(dbb) Das Gesetz zur Verbesserung der personellen Struktur beim Bundeseisenbahnvermögen und in den Postnachfolgeunternehmen ist am 3. Juli 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. Damit besteht bei den Postnachfolgeunternehmen nunmehr wieder die Möglichkeit, ab dem 55. Lebensjahr in den engagierten Ruhestand zu wechseln. Das teilte die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) mit.

Es bleibt demnach bei den bekannten Rahmenbedingungen, die als Voraussetzung für die Gewährung des engagierten Ruhestandes erfüllt sein müssen. Dazu zählt beispielsweise die Vollendung des 55. Lebensjahres. Damit keine Abschlüsse in der Versorgung erfolgen, müsse zudem nunmehr eine der folgenden Bedingungen erfüllt werden: Die Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes von mindestens einem Jahr, die Leistung von 1.000 Stun-

den innerhalb von drei Jahren ab vorzeitigem Ruhestand bei anerkannten gemeinnützigen Organisationen oder die Betreuung beziehungsweise Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines Familienangehörigen. Die genauen Ausführungsbestimmungen würden zurzeit mit dem Bundesfinanzministerium unter Beteiligung der DPVKOM erarbeitet. (07/23/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Die Frage nach mehr Sicherheit im öffentlichen Dienst ist auch immer eine Frage nach mehr Personal.“ Darauf hat **Karoline Herrmann**, Vorsitzende der dbb Jugend, in einem Gespräch mit MdB Burkhard Lischka (SPD), Mitglied im Innenausschuss, am 30.

Juni 2017 in Berlin hingewiesen. Herrmann machte deutlich, dass es wichtig sei, zunächst zu analysieren, für welche Aufgaben zusätzliches Personal benötigt wird: „Es ist keine Forderung nach blinder Erhöhung der Einstellungs- und Personalzahlen. Es geht uns darum zu überprü-



fen, in welchen Situationen die Anwesenheit von mehreren Mitarbeitern für eine deutlich höhere Sicherheit sorgt. Dies gilt unter anderem für den Außendienst. Aber mehr Personal ist ebenfalls erforderlich, um eine zeitgerechte Bearbeitung von Bürgerfragen zu gewährleisten. Damit kann zusätzliche Frustration beim Bürger aufgrund von langer Bearbeitungszeiten schon im Vorfeld vermieden werden.“

Nachdem der Aufsichtsrat der Charité den Beitritt zum kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) beschlossen hat, hat das Unternehmen am 30. Juni 2017 folgerichtig alle bestehenden Haustarifverträge fristgemäß zum 31. Dezember 2017 gekündigt. Die Charité hat dem **dbb** zusammen mit der Kündigung auch das Angebot zur unverzüglichen Aufnahme von Tarifverhandlungen unterbreitet. Der dbb hat das Angebot angenommen, um den geforderten Erhalt von besonderen Charité-Regelungen durchzusetzen. Dazu gehören beispielsweise die Anbindung an das Tarifgebiet West für die gesamte Charité, die Weiterzahlung der Funktionszulage Pflege in Höhe von 50 Euro, die Einmalzahlung für Fachweiterbildungen in Höhe von 200 Euro sowie verschiedene Regelungen zur Arbeitszeit- beziehungsweise Dienstplangestaltung.

Der **dbb** und die Nahverkehrsgewerkschaft NahVG haben am 27. Juni 2017 die Forderungen zu den Tarifverhandlungen über einen Haustarifvertrag bei der Verkehrsgesellschaft Wiesmoor mbH beschlossen. Der bestehende Haustarifvertrag wurde zuvor zum 30. Juni 2017 gekündigt. Demnach soll es zukünftig spürbare lineare Erhöhung der Tabellenentgelte für alle Beschäftigten, eine schrittweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden pro Woche, die Erhöhung des Zuschlages für Arbeit an gesetzlichen Feiertagen auf 100 Prozent sowie die Schaffung von Freistellungsregelungen zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Tagungen geben.

Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Mecklenburg-Vorpommern, **Dietmar Knecht**, der auch die Grundsatzkommission für Europa des dbb auf Bundesebene leitet, ist Ende Juni 2017 in Brüssel zum Stellvertreter des neuen Akademiepräsidenten Jean-Claude Halter gewählt worden. Knecht sieht großen Bedarf für Fortbildung im europäischen Arbeitnehmer- und Beamtenbereich: „Die öffentlichen Dienste der EU-Mitgliedstaaten sind durch viele schwierige Jahre gegangen. Auf die im Grunde europaweite Doktrin des schlanken Staates

folgten die Jahre der Weltfinanz- und Schuldenkrise. Den Mitarbeitern bleibt kaum eine Atempause, denn inzwischen beschleunigt sich die Digitalisierung sehr stark. Diese Entwicklungen können zu massiven Belastungen führen. Es ist daher unverzichtbar, dass sie zum Gegenstand auch des europäischen sozialen Dialogs werden. Mit unseren Fortbildungsangeboten machen wir unsere Mitglieder fit für die Auseinandersetzungen der Zukunft und leisten zudem einen aktiven Beitrag zu europäischem Erfahrungsaustausch.“

Am 27. Juni 2017 hat in der Hauptverwaltung der AOK Baden-Württemberg in Stuttgart ein Spitzengespräch zwischen dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), **Maik Wagner**, und dem stellvertretenden AOK-Vorstandsvorsitzenden Siegmund Nesch stattgefunden. Wagner machte deutlich, dass die generell gute finanzielle Aufstellung der Krankenkasse sich auch im Ergebnis der Tarifrunde mit der AOK-Tarifgemeinschaft niederschlagen müsse, die zum Jahreswechsel 2017/2018 ansteht. „Für die erkennbar gute Arbeit erwarten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine angemessene finanzielle Teilhabe“, so Wagner. Darüber hinaus meldete Wagner erhöhten Reformbedarf hinsichtlich der Eingruppierungsmerkmale im AOK-System an: „Auch wenn zwischen der GdS und der AOK Baden-Württemberg grundsätzlich Konsens darüber besteht, dass die Attraktivität des Arbeitsplatzes nicht ausschließlich an der Bezahlung gemessen werden kann, ist die Eingruppierung in vielen Tätigkeitsfeldern der AOK heutzutage einfach nicht mehr zeitgemäß.“

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) trauert um sein Ehrenmitglied Dr. h.c. **Wilhelm Ebert**. Der ehemalige VBE-Vorsitzende (1979-1993) sei im Alter von 94 Jahren verstorben, teilte die dbb Mitgliedsgewerkschaft am 29. Juni 2017 mit. Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann: „Wir sind von tiefer Trauer erfüllt. Das Wirken Wilhelm Eberts war von zutiefst demokratischen Überzeugungen geprägt. Sein Prinzip war: 'Grundrechte sind Bildungsziele.' Ebert stand dafür ein, dass Bildung ein Menschenrecht ist und dass Bildung die Grundvoraussetzung für politische, soziale und berufliche Partizipation ist. Er war gleichsam profilierter Bildungspolitiker und bildungspolitischer Netzwerker. Wir trauern um einen der Gründungsväter des VBE.“
(08/23/17)

Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“,**
25. September 2017, Berlin

 - 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die
Programmqualität?"**
4. Oktober 2017, Berlin

 - dbb Gewerkschaftstag 2017**
19. - 21. November 2017, Berlin
-